

Polen in Europa 1919-1939 – ein Konflikt mit Wirkungen bis heute

**Vortrag auf der Herbsttagung der
Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt**

November 2022

von Dr. Stefan Scheil



Sehr geehrte Damen und Herren,

Polen in Europa – das war im Jahr 1919 keine Selbstverständlichkeit, und es blieb auch in den folgenden Jahren keine Selbstverständlichkeit. Im Vortragstitel bezeichne ich diese Situation als einen „Konflikt mit Wirkungen bis heute“. Diesen Kon-

flikt und seinen Hergang werde ich im Folgenden in mehreren Abschnitten skizzieren.

Dabei gilt es etwas weiter auszuholen. Aber keine Angst, ich will Sie hier jetzt nicht im Detail mit den Verhältnissen etwa der Frühen Neuzeit behelligen. Zwar ist es richtig, daß die Gegenwart regelmäßig nur in Kenntnis der Vergangenheit treffend verstanden werden kann, bzw. in Kenntnis des Bildes, das sich Menschen von ihrer Vergangenheit machen. Aber das gilt in unterschiedlicher Intensität. Es gibt Staaten und Gesellschaften, bei denen die Vergangenheit eine intensivere Rolle spielt als bei anderen. In Polen ist das so und dabei nimmt bis heute das Jahr 1772 eine solche Rolle ein, als Beginn der polnischen Teilungen unter den Nachbarstaaten Österreich, Preußen und Rußland, die bis 1795 dazu führten, daß Polen als Staat von der europäischen Landkarte gestrichen wurde.

Das ist bekannt und in Deutschland mehr oder weniger immer noch Schulbuchwissen. Weniger bekannt ist, daß der Mythos von

„1772“ in der praktischen Zielsetzung polnischer Politik auch im Jahr 1919 präsent gewesen ist. Kurz gesagt: In Polen spielte 1919, sowie in den Jahren davor und danach die Erinnerung an eigene frühere Größe eine kaum zu überschätzende Rolle. Sie führte zu jenem Konflikt mit der europäischen Staatsordnung und schließlich mit zum Desaster des Jahres 1939, als Polen sich seit dem Frühjahr 1939 als erstrangige Macht auf der europäischen Bühne anerkannt wähnte. Und dann im September 1939 von allen Verbündeten im Stich gelassen und von allen Vertragspartnern umfassend betrogen erneut in den Untergang ging.

Im Rahmen dieses Vortrags kann dabei nur auf wenige Aspekte dieser Entwicklung eingegangen werden.

Beginnen wir mit einem in Polen besonders beliebten Mittel der politischen Mobilisierung: den politisierten Landkarten Polens. Mitten im Ersten Weltkrieg wurde das Mittel der Propaganda mittels solcher Landkarten auf originelle Weise wieder aufgenommen, als Eugeniusz Romer im Jahr 1916 in Wien einen „Geographisch-Statistischen Atlas Polens“ (Geografizno-statystyczny Atlas Polski) erscheinen ließ. Auch dessen Karten hatten einen genau umrissenden Zweck. Der Atlas sei: „für die Bedürfnisse derjenigen, die dieses Land befreien wollen, und für diejenigen, die dort regieren wollen, illustriert der Atlas die nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zeit vor dem großen Krieg“. Polnisch regiert werden sollte aber nach Ansicht Romers künftig auch in ganz Ober- und Niederschlesien. Die Wiener Behörden waren einfältig genug, den Druck dieses Pamphlets zu erlauben, verboten aber den Export. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Atlas ins Ausland geschmuggelt wurde, in einer englischen Version herausgegeben und schließlich auf der Versailler Friedenskonferenz an die Delegationen verteilt. Dafür konnte Romer persönlich sorgen, da er der

polnischen Delegation dort angehörte, so daß hier der unmittelbare Zusammenhang politisierter Geographie mit politischen Entscheidungen gegeben war.

Viele von Romers Kollegen argumentierten ähnlich radikal oder radikaler. Beliebtes Objekt polnischer Begierden waren natürlich auch schon damals die Küstenregionen Pommerns und Mecklenburgs. Stanislaw Pawlowski, seit 1919 Professor für Geographie in Posen, forderte die ganzen Küstenregionen für Polen, und gab bereits 1934 einen Atlas mit den angeblichen polnischen Ortsnamen Pommerns heraus. Er hatte auch eine Lösung für die dort lebende deutsche Bevölkerung parat: Aussiedeln müsse man sie, erklärte er auf einem Vortrag, der 1937 im ‚Kurier Poznanski‘ veröffentlicht wurde.

Hier koppelte sich Propaganda mit dem, was man aus heutiger Sicht treffend als Volksverhetzung bezeichnen muß. Pawlowski setzte seine Agitation auch im Jahr 1939 fort und sprach damals auf mehreren Kongressen in diesem Sinn. Unmittelbar nach dem Schwenk Polens auf die englische Seite forderte er in einer Rede im Mai 1939 die Eingliederung Danzigs in Polen, da es zusammen mit Gdingen „einen homogenen Hafen und Wirtschaftsorganismus“ bilden würde. Ende Mai hielt er auf dem Kongress der Erdkundelehrer in Krakau einen Vortrag über die „Geographie und die Verteidigungsfähigkeit des Staates“. Dies blieb in Deutschland nicht unbemerkt und führte wahrscheinlich dazu, daß Pawlowski wie manche seiner Kollegen zu jenen Professoren gehörte, die im November 1939 von deutschen Behörden im Rahmen der „Sonderaktion Krakau“ verhaftet und schließlich getötet wurden. Der Historiker Bronislaw Kortus hat dies mit den Worten kommentiert, Pawlowski habe „sein Eintreten für die Verteidigung der polnischen Westgebiete mit dem Leben bezahlt“. Es fällt jedoch nicht leicht,

in der Forderung nach Eingliederung von bedeutenden Teilen des damaligen Deutschlands „Verteidigungs“-absichten zu erkennen, so daß man diese Äußerung als kennzeichnend für den immer noch sehr speziellen Umgang mit der polnisch-deutschen Kartographie sehen kann.

Es ist, das sei an dieser Stelle gesagt, bis heute eine in Polen oft anzutreffende Denkfigur, Schlesien, Pommern und andere deutsche Gebiete seien zugleich „Wiedergewonnene Gebiete“, an denen ein historisches Recht bestanden habe. Andererseits und zugleich aber zu behaupten, es gäbe für die aktuelle polnische Grenze an Oder und Neisse und damit den faktischen Erwerb dieser Ländereien keine polnische Verantwortung. Das hätten die Alliierten und insbesondere Josef Stalin so entschieden.

Vor dem ersten Weltkrieg hatte man Kartenpublikationen dieser Art für allzu exzentrisch halten können. Erich Jaensch, der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Psychologie, bekam um die Jahrhundertwende vom polnischen Philosophen Wincenty Lutoslawski eine Karte gezeigt, auf der „das ganze Baltikum, sowie Teile von Deutschland und vom heutigen Rußland zu Polen gehörten“. Er nahm das damals nicht ernst, hatte jedoch 1939 Gelegenheit darauf zurückzukommen, da Lutoslawski immer noch aktiv war und gerade ein Buch veröffentlicht hatte, in dem er alten Gedanken nachhing. Großmachtpolitik gegen Rußland sollte unter polnischer Führung betrieben werden, mit Hilfe einer Armee aus Lettland, Litauen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, in der selbstverständlich polnisch zu sprechen sei und die Rußland völlig von der Ostsee abzudrängen habe.

Wer dies für eine Übertreibung Jaenschs aus politischem Interesse halten sollte, wird durch einen Blick in Lutoslawskis Schriften und die Protokolle seiner Reden eines besseren belehrt. Lutoslawski agi-

tierte nicht nur im Stillen, sondern redete und schrieb in aller Offenheit bereits seit der Jahrhundertwende von der Restaurierung einer polnischen Großmacht, die zum wesentlichen Teil auf deutschem Boden zu liegen habe. Das Publizieren weiterer Werke auf Deutsch hatte er nach einigen akademischen Schriften aufgegeben.

1919 gehörte Lutoslawski zur polnischen Delegation in Versailles, die sich an der Aufgabe versuchte, die alliierten Siegermächte durch Falschinformationen zur Überlassung möglichst großer Teile Deutschlands zu überreden, die teilweise groteske Formen annahmen. „Danzig und Ostpreußen“ hieß eine jener Broschüren, die den Siegern überreicht wurden. Beides sollte polnisch werden, daran ließen Lutoslawski und seine Mitautoren keinen Zweifel, und wo er schon dabei war, sollte das nicht alles bleiben. Zu den Methoden gehörte es auch, die Existenz einer sogenannten „Masurische Delegation“ zu behaupten, die am 21. März 1919 angeblich nach Warschau gekommen sei, um von der dortigen interalliierten Mission die Eingliederung Masurens in Polen zu erbitten.

Falls die Alliierten sich doch für die Volksabstimmung in dem Gebiet entscheiden sollten, sei vorher unbedingt die „Eliminierung von deutscher Offiziellen, Pfarrern und Soldaten“ vor Ort nötig, sowie und eine Besetzung über Jahre hinweg. Deutsche „Parasiten“ lebten in Masuren, die zu entfernen seien, hieß es an anderer Stelle. Die besondere Logik dieser Ausrottungspolitik gegen das deutsche Leben in Masuren, der die Masuren ja nach 1945 auch gänzlich zum Opfer fallen sollten, da sie als nicht polonisierungsfähig schließlich nach Deutschland vertrieben wurden, diese besondere Logik also, offenbarte sich dann im Schlußsatz dieses Abschnitts:

„Es würde sehr unfair gegenüber Polen sein, eine wirklich derart polnische Provinz wie Masuren für ein Plebiszit auszuwählen, bevor die Masuren sich vollständig von jedem

deutschen Einfluss emanzipiert haben, und dies kann nur durch ihre Wiedervereinigung mit Polen erreicht werden.“

Deutlicher konnte man ausdrücken, daß nur bei einer Mischung aus Gewalt, Vertreibung und Umerziehung unter jahrelanger absoluter polnischer Herrschaft vielleicht Aussicht bestand, ein Plebiszit zu gewinnen, daß also sämtliche Ausführungen des polnischen Rassismus hier nur ein dürftiges Mäntelchen über einen illegitimen Akt der Okkupation zu legen versuchten.

Dieser Gedanke läßt sich an vielen Stellen polnischer Publizistik und Politik finden. Auch der wichtigste Ideologe der Bauernbewegung, Bolesław Wysłouch entwarf schon 1886 „ein territoriales Programm, das der Gestalt Polens nach 1945 ähnelte“. Manche, die ähnliches forderten, wie zum Beispiel der Vordenker Jan Ludwik Popławski, der 1889 ein Polen ohne Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen für nicht lebensfähig erachtete, hielten zum Ausgleich für Deutschland tröstende, aus dem Blickwinkel der Nachkriegszeit eigentlich sogar prophetische Worte bereit:

„Deutschland könnte sich mit dem Verlust abfinden, ohne die Stellung einer großen Nation und sogar eines mächtigen Staates aufgeben zu müssen; Preußen dagegen würde ein Viertel seiner Bevölkerung verlieren und zu der Lage wie auch zu dem Namen Brandenburg zurückkehren.“

Dies wurde 1902 geschrieben. Die hier beschriebene Differenz zwischen Preußen und Deutschland sowie Preußen und Österreich sollte in den folgenden Jahrzehnten im polnischen Denken eine beachtliche Rolle spielen und trug noch in den 1930er Jahren dazu bei, daß Teile der polnischen politischen Intelligenz in einem gebürtigen Österreicher als deutschem Staatschef und Diktator auch eine Chance sahen.

Verlassen wir an dieser Stelle das Gebiet der Kartographie und stellen die Frage nach dem Charakter des polnischen politischen Systems der Zwischenkriegszeit.

War das Zwischenkriegspolen ein faschistischer Staat? Das ist angesichts der historischen Belastung des Begriffs eine heikle Frage. Die Besonderheiten dieses osteuropäischen Regimes sind häufig beschrieben worden, und die „Nationalismusforschung“ hat sich dem Phänomen Polen vor allem in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wiederholt angenommen. Vor einer klaren Zuordnung des Pilsudski-Polen zur faschistischen Ideologie sind die Autoren dennoch häufig zurückgeschreckt. Sehen wir uns also zunächst selbst an, inwiefern diese Zuordnung gerechtfertigt ist. Als Merkmale faschistischer Regime gelten üblicherweise:

- Militarismus
- Antikommunismus
- Antisemitismus
- Anti-Parlamentarismus
- Expansionismus
- Nationalismus, inklusive einer Vision nationaler Neugeburt Diktatur
- Fehlender Rechtsstaat
- Charismatische Herrschaft
- Uniformierte Massenaufmärsche als politische Demonstration
- Einheitspartei

Fraglos erfüllte die Zweite Republik diese Kategorien bis auf den letzten Punkt in großem Umfang und in etlichen Punkten sogar mustergültig. Eine Einheitspartei gab es in der Tat nicht, schon die enormen Differenzen zwischen den drei früheren Teilungsgebiete-

ten und die Bedingungen des Vielvölkerstaates verhinderten dies. Es existierte stattdessen auf der Seite der Diktatur ein „Block“ mit wechselnder Zusammensetzung und Bezeichnung. Allgemein wurde für ihn bis 1939 an der Bezeichnung „Sanacja“ festgehalten, als Ausdruck seines allgemeinen Anspruchs, der nationalen Gesundung zu dienen. Eine Organisation im engeren Sinn schufen die Pilsudskisten sich erst zwei Jahre nach der Machtergreifung in Zusammenhang mit Wahlen von 1928 im sogenannten BBWR. Diese Bezeichnung drückte indirekt noch einmal die grundlegende Verachtung von Parteien aus, die den Pilsudskisten eigen war und die mit zum Putsch von 1926 geführt hatte: „Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem“ – Parteiloser Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung. Damit es diesem Block auch nicht an Möglichkeiten der politischen Wirkung fehlte, wurden die Wahlen, die seiner Gründung folgten, zusätzlich unter Einsatz der Behörden vor Ort gefälscht

Den mit diesen Methoden hergestellten Mehrheiten stand eine zugelassene nationalistische Opposition in Gestalt der polnischen Nationaldemokratie auf der anderen Seite gegenüber. Das waren die wesentlichen parteipolitischen Kräfte, obwohl es auch noch weitere Parteiorganisationen gab. Die sonstigen politischen Organisationen, auf die der „Moralische Diktator“ Pilsudski setzte, das waren neben den Streitkräften die von ihm geführten Ordens- und Veteranenverbindungen, zu denen etwa zwanzigtausend Personen gehörten und deren Verleihungspraxis nach manchen Auffassungen in der Tat eine kaderbildende Funktion zukommen sollte. Des Weiteren kann eine Analyse der Funktionsweise des politischen Apparates nicht ohne den Hinweis auf die konspirativen Strukturen auskommen, die zum Leben auch der neugegründeten Republik noch gehörten. Ihre besondere Rolle ergab sich notwendigerweise aus der Teilungszeit, als zur Vorbereitung der kommenden Unabhängigkeit und der Pflege

polnischer Traditionen an der Gründung von mehr oder weniger geheimen Organisationen kein Weg vorbeiführte. Der Keim des polnischen Untergrundstaates existierte deshalb bereits vor 1914 und er konnte nach 1939 auch deshalb wieder verwendet werden, weil seine Institutionen nie ganz aufgegeben worden waren.

Was die „charismatische Herrschaft“ betraf, so kann Josef Pilsudskis Fähigkeit, das politische Leben in Polen über weite Phasen immer wieder ohne Amt zu dominieren und dann nach Wunsch wieder ins Amt zurückzukehren, geradezu als ein Musterbeispiel für diese Form der Autorität gelten. Dem „Marschall“ (oder für seine engeren Mitarbeiter: „Kommandanten“) „zuarbeiten“, ihn zu unterstützen und laut zu bekunden, seinen Willen zu erfüllen, das galt in der Zweiten Republik bis in ihre letzten Tage als höchstes Ziel und nach außen vorgehaltene Legitimitätsbegründung, selbst dann noch, als Pilsudski schon Jahre verstorben war. Er galt als Symbol der Nation, so daß es schon im Vorfeld seines Staatsstreichs von 1926 zu Szenen wie dieser kam:

„Es war im Jahr 1925, der Kommandant lebte in Sulewojek. Am europäischen Horizont zogen dunkle Wolken hoch. In jenen Tagen machte mir im privaten Gespräch einer der hervorragendsten Vertreter der damals herrschenden Sejmokratie einmal um das andere Eröffnungen über wichtige staatliche Geheimnisse, die die polnische Situation beleuchteten. Ich fragte ihn: ‚Warum sagen Sie das mir, dem Vertreter der schärfsten Opposition?‘ Er antwortete: ‚Ich sage ihnen das deswegen, weil ich eine Art inneren Zwang empfinde, daß der Marschall davon wissen müßte. Ich bekenne Ihnen offen, daß ich ruhiger sein würde, wenn ich die Gewißheit hätte, daß er davon Kenntnis erhält.‘“

Pilsudski regierte praktisch als Diktator. Die Diktatur funktionierte als Netzwerk von Personen, denen er vertraute und vertrauen konnte. Auf ganz praktischer Ebene wurde der Opposition der mög-

liche Weg an die Regierung vollständig versperrt. Der Pilsudskismus galt als die Gesinnung des guten Polen.

Der polnische Senat beispielsweise erhielt einen eigenen Wahlmodus, der den angestrebten Charakter des Staates als Kriegerstaat besonders deutlich zeigte. Ein Drittel der Senatoren wurde ernannt – vom Staatspräsidenten. Zwei Drittel der Senatoren wurde gewählt – von ausgesuchten Ordensträgern und damit Pilsudskistischen Würdenträgern. Wahlberechtigt waren die Träger des „Unabhängigkeitskreuzes“ und des Ordens „Virtuti militari“. Die Zahl der „Virtuti militari“-Träger betrug bis 1939 etwa achttausend, überwiegend Kämpfer aus dem Ersten Weltkrieg und dem Angriff auf die Sowjetunion im Jahr 1920. Das „Unabhängigkeitskreuz“ wurde seit der Machtübernahme Pilsudkis im Jahr 1926 verliehen und ging bis zum Zeitpunkt der Verfassungsreform an etwa sechzehntausend Männer. Großmeister beider Orden: Marschall Pilsudski.

Diese etwa zweiundzwanzigtausend Personen sollten den Ausdruck der neuen Elite des Staates stellen. Den Kern der erwünschten polnischen Elite, die das Land in die Zukunft führen sollte, bildete die Erfahrung des gemeinsamen Kampfs, dessen Methoden auch die Politik prägen sollten, wie Pilsudski das einmal folgendermaßen auf den Punkt gebracht hatte:

„Mein politisches Programm? Ich habe keins, und ich kann keins haben. Man sagt von mir, daß ich eine legendäre Figur bin. Die Legende und die Geschichte sind aber zweierlei.. Diese steht fest, weil sie auf Tatsachen beruht, jene ist ihrem Wesen nach beweglich, weil sie ein Erzeugnis der Volksphantasie ist. Jeder legt sie nach seinem Temperament aus und ändert sie nach seinem Belieben. Unter achtundzwanzig Millionen Polen gibt es achtundzwanzig Millionen verschiedene Vorstellungen von Marschall Pilsudski, und jeder meiner Landsleute erwartet von mir das Gegenteil dessen, was sein Nachbar verlangt. Man

muß List anwenden, lavieren und verbergen, was man denkt. Man erwartet mich rechts: ich schlage mich nach links. Man erwartet mich links: schnell gehe ich nach rechts herüber und falle über den Gegner her. Das ist ein Spiel, keine Politik, sondern Krieg.“

Diese Situation hatte ihre weiteren Besonderheiten. Daß die real existierende Nation in ihrer gegenwärtigen Form eher einen noch unvollkommenen Ansatz und zu verbessernden Anfang darstellte, gehörte in Polen wie in den allgemein anerkannt faschistischen Staaten zu den Leitgedanken. Territoriale Expansionspläne, Antikommunismus, fehlende Rechtsstaatlichkeit und der hohe Rang des Militärs nicht nur als Macht auf dem Schlachtfeld, sondern als charakterbildende Kraft, dazu politisierte Aufmärsche als Erinnerungs- und Mobilisierungsmaßnahme, das alles waren im Zwischenkriegspolen stete Fakten und tägliche Anknüpfungspunkte. Unter diesen vielen Aspekten und damit letztlich insgesamt läßt sich Polens Zweite Republik – wenn man auf eine allgemeine schematische Etikettierung der politischen Verhältnisse Wert legt – als faschistischer Staat bezeichnen. Es dürfte allerdings der einzige faschistische Staat gewesen sein, in dem einem dementsprechend politisch orientierten Machtapparat außerdem noch eine große und einflußreiche, ebenfalls nationalistisch-antisemitisch und auch sonst in vielfach gleicher Weise ausgerichtete Oppositionspartei gegenüberstand. Dieses Zusammentreffen und die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zunehmende Einigkeit von Regierung und Opposition gaben dem Polen der unmittelbaren Vorkriegszeit seine besondere Prägung.

Im Frieden mit, im Krieg gegen Hitler

Wie äußerte sich diese Prägung nun in den Jahren 1938/39 im Rahmen polnischer Außenpolitik, zum Beispiel in der Krise um die Tschechoslowakei, die Josef Pilsudski schon vor langem als

„europäische Unmöglichkeit“ bezeichnet hatte? Sehen wir uns das im Detail an.

Im Frühjahr 1938 begann die polnische Presse eine Kampagne gegen die Tschechoslowakei zu führen. Da man in Diplomatenkreisen wohl zu Recht davon ausging, daß dies nicht ohne Rückendeckung oder Initiative der polnischen Regierung möglich sei, war der Ärger groß. Die französischen und britischen Botschafter in Warschau sprachen sich untereinander ab, wenn das so weitergehe, eine gemeinsame diplomatische Aktion dagegen zu unternehmen.

Am 16. Mai rief Frankreichs Außenminister Bonnet den polnischen Botschafter Lukasiewicz zu sich, um ihm zu erklären, daß Frankreich die polnische Politik nicht „verstehen“ würde. Man habe den Eindruck, die polnische Politik sei gegen die französischen Verpflichtungen in der Tschechoslowakei gerichtet. Nun hatte Frankreich nicht nur Verpflichtungen gegenüber Prag, sondern auch gegenüber Warschau. Damit Lukasiewicz deshalb auch ja den Ernst der Lage begriff, erklärte ihm Bonnet ausdrücklich, wenn die Tschechoslowakei einem deutschen Angriff unterliegen würde, werde Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Polen nicht mehr erfüllen können. Und zur Verstärkung des Eindrucks dieser faktisch drohenden Kündigung des polnisch-französischen Vertrags schickte Bonnet den polnischen Botschafter gleich nach Hause, nach Warschau zur Berichterstattung über diese Äußerung. Die Aktion hatte man mit Großbritannien abgesprochen und so sprach zur gleichen Zeit auch Botschafter Kennard in Warschau mit der wortgleichen Formulierung vor, „daß England die polnische Politik nicht verstehe.“ Viel stärker konnte man im diplomatischen Verkehr kaum formulieren.

Diesen unverblühten Aufforderungen zum Beitritt zu einer von London und Paris aus organisierten „antirevisionistischen“ Front stand als Gegenleistung für Polen aber nicht mehr als der Status quo

gegenüber. Das war für die Becksche Außenpolitik in der Denkschule Pilsudskis völlig unannehmbar. Die Tschechoslowakei hatte in dieser Denkschule ohnehin keine Existenzberechtigung. Sich nun ohne weitere Zugewinne zur Stützung dieser staatlichen Konstruktion bereit zu finden, stand aus Becks Sicht nicht zur Debatte. Daran war eigentlich gar nichts unverständlich, wenn die westliche Diplomatie imstande gewesen wäre, sich in die Gegebenheiten vor Ort und die Interessen anderer Staaten einzufühlen. Gegenüber dem italienischen Vertreter in Warschau wurde Beck in dieser Sache deutlich. Auch dies sprach sich schnell nach Prag und wohl auch ins westliche Ausland herum, denn die italienische Diplomatie in Gestalt des Prager Gesandten Domenico de Facendis trug es treuherzig zum tschechischen Außenminister Krofta weiter. Es sei ein von „Polen, Italien und Ungarn vorbereitetes Komplott“ im Gang:

„Beck rechne bestimmt mit einem Zerfall der Tschechoslowakei. Er habe dem italienischen Botschafter gesagt, die polnische Minderheitenfrage sei ihm eher ein Vorwand als ein Grund für sein Vorgehen gegen die Tschechoslowakei. Er wolle kein Schiedsgericht annehmen und selbst wenn es in befriedigender Weise durchgeführt sein sollte, würde er etwas anderes erfinden. Weil sich die Tschechoslowakei nicht gegen Deutschland halten werde, sei es nötig, einen Damm gegen Deutschland durch die Rückgabe der Slowakei an Ungarn zu schaffen.“

In Warschau betrachtete man die Tschechoslowakei als grundsätzliche Fehlkonstruktion, was sie in der 1938 existierenden Form als tschechisch dominiertem Vielvölkerstaat auch war. Jede Reform und jede gewaltsame Auseinandersetzung würde sie wahrscheinlich zerstören und das langjährige Ziel einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze erreichbar werden lassen. Für diese Vorstellungen konnte Beck in der Tat die Zustimmung Italiens gewinnen. Ganz im Geist dieser Haltung kam der von Bonnet nach Warschau

geschickte Lukasiewicz nach fünf Tagen mit der deutlichen Antwort zurück: Polen würde nur für den Fall des allgemeinen und großen Krieges an der Seite der Westmächte zu finden sein. Bei einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei würde man neutral bleiben. Am 26. Mai ergänzte Lukasiewicz dann verschiedene Punkte und teilte Bonnet im weiteren mit:

„1) daß nach Ansicht der polnischen Regierung die Gefahr eines Angriffes auf die Tschechoslowakei nicht aktuell sei und daß daher die Dinge ruhig erwogen werden können, 2) *daß die Entfesselung eines breiteren Konfliktes eine neue Lage schaffen würde, welche Polen überprüfen und hierbei sein Verhalten beschließen würde.*“

Später bemühte sich Bonnet in seinen phasenweise mit der Wahrheit recht freimütig umgehenden Memoiren, dies alles zu verwischen. Er behauptete, von Lukasiewicz lediglich erfahren zu haben, „daß Polen sich im Fall eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei nicht rühren werde.“ Dies hatte Lukasiewicz natürlich nicht gesagt, denn es entsprach in keiner Weise der polnischen Politik dieser Zeit. Es entsprach allerdings der innerfranzösischen Nachkriegsdebatte, in der schon seit dem Juni 1940 nach Schuldigen für die Niederlage gesucht wurde, die je nach Bedarf in verschiedenen Ländern oder an verschiedenen Stellen der französischen Republik zu finden waren. Die polnische Politik der Ära Beck kam dabei mit Regelmäßigkeit mit auf die Anklagebank.

An einem breiten Konflikt des Jahres 1938 hätte sich die Republik Polen also in Wahrheit beteiligt, wenn er gegen Deutschland gerichtet war. In Warschau wollte man sich von den Westmächten aber nicht mit öffentlichen Erklärungen vorschicken lassen. Ausdrücklich wies Lukasiewicz bei der gleichen Gelegenheit den Vorschlag zurück, Polen könnte in Berlin im gleichen Sinn wie Frankreich und England vorstellig werden, „weil Polen durch eine solche

Demarche ipso facto unilateral eine wichtige Pflicht übernommen hätte, an welche es im Vertrag mit Frankreich nicht gebunden ist.“ Frankreich mußte also letztlich den Konflikt liefern oder klar erklären, für einen solchen bereit zu sein. Paris sollte selbst dafür in Vorleistung treten, dann war man in Warschau bereit, mitzuziehen. Damit man das in Paris auch verstanden hatte, wiederholte Lukasiwicz es später noch einmal. Man werde in jedem Konflikt über die Tschechoslowakei neutral bleiben, sie also auch nicht attackieren, aber „Polen (wäre bereit), wenn Frankreich der Tschechoslowakei zu Hilfe käme, mit Frankreich die ganze Angelegenheit neuerdings zu prüfen.“

In diesem Sinn erläuterte Beck seine Politik auch gegenüber seinen Regierungskollegen. Er arbeitete seit Jahren daran, die Alliierten auf die polnische Seite zu bringen. Jetzt konnte er im Sommer 1938 in Warschau davon sprechen, sich „innerhalb von 24 Stunden auf die Seite der Alliierten“ schlagen zu können – wenn diese sich handlungsfähig gezeigt hatten. Allerdings wollte er dafür von den Westmächten zudem einen Preis haben, in Form von Land und Rechten. Da zugleich noch nicht sicher war, ob sich London und Paris wirklich militärisch gegen Deutschland wenden würden, wollte Beck auch von einem weiteren deutschen Zugewinn profitieren. Im Frieden also mit Hitler, im Krieg gegen ihn, so erläuterte Beck seine Politik auf zwei Konferenzen im Warschauer Schloß. Die Tschechen würden nicht auf eigene Faust kämpfen, und die Westmächte seien derzeit moralisch und militärisch nicht bereit. Daher müsse Polen vorsichtig an der Seite Deutschlands operieren, aber:

„Zu diesen Ausführungen im königlichen Schloß fügte ich immer kategorisch hinzu: (1) Wir dürfen und wir können nicht die ersten sein, die gegen die Tschechoslowakei auftreten, und

(2) sollten meine Annahmen nicht zutreffen, muß die Politik Polens sich innerhalb von 24 Stunden ändern, denn für den Fall eines wirklichen europäischen Krieges mit Deutschland dürfen wir nicht einmal indirekt an der Seite Deutschlands zu finden sein.“

Auf daß diese Haltung im Westen endlich verstanden wurde, erläuterte Beck sie im Juni 1938 persönlich – und fast wortgleich – dem US-Botschafter Anthony Drexel Biddle. Bei dieser Haltung blieb es auch bis ins Frühjahr 1939. Als sich abzeichnete, daß die Westmächte auf Kriegskurs gegen Deutschland gehen würden und scheinbar bereit waren, Polen als gleichberechtigten Partner zu betrachten, wechselte die polnische Regierung unter Josef Beck sofort die Seiten. „Im Frieden mit, im Krieg gegen Hitler“ schien der einzig richtige Weg zu sein. Ob dafür von London auch direkt „bezahlt“ wurde, läßt sich nicht direkt nachweisen. Beck forderte, in London über „Kolonien, Juden und Danzig“ verhandeln zu können. Über Kolonien gäbe es nichts verhandeln, lautete die Antwort aus dem britischen Außenministerium. Aber der im Londoner Exil lebende frühere deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning gab später an, er habe erfahren, daß man Josef Beck im Frühjahr 1939 in London tatsächlich Danzig, den Rest Oberschlesiens und Ostpreußen als Preis für den kommenden Krieg zugesagt habe. Er, Brüning habe es abgelehnt, auf dieser Basis über Frieden zu verhandeln, als man ihn entsprechend kontaktiert habe. Möglich wäre das, dokumentarisch bewiesen ist es nicht.

Kommen wir zu einem Fazit. Es wurde in diesem Vortrag die These untersucht, das Polen der Jahre 1919 bis 1939 habe einen permanenten Zwischenkrieg erlebt und selbst geführt. Damit war gemeint, daß der polnische Staat - wie viele andere Staaten der damaligen Zeit auch - nicht von der dauerhaften Stabilität der

1919 geschaffenen internationalen Verhältnisse in Europa ausging. Im Fall Polens führte dies zu ausgreifenden Visionen eines polnischen Imperiums in Gestalt einer Föderation oder eines „Commonwealth“, das große Teile Osteuropas umfassen sollte. Darin sollten viele Gebiete enthalten sein, in denen ethnisch gesehen keine polnische Mehrheit bestand. Dieser Fakt war den polnischen Politikern überwiegend bewußt. Sie lehnten die Begrenzung des Staates auf unzweifelhaft ethnisch polnisches Gebiet allerdings mehrheitlich ab.

Zu den Besonderheiten dieses polnischen Nationalgedankens gehörte die Ansicht, durch den Lauf der Geschichte um wesentliche Entwicklungsmöglichkeiten betrogen worden zu sein und die damit verbundene Schlußfolgerung, diese ungerechte Entwicklung sei mit den Mitteln des zwanzigsten Jahrhunderts zu korrigieren. Dieser radikale und expansive Nationalismus hatte sich seit dem neunzehnten Jahrhundert unter den Bedingungen der staatlichen Nichtexistenz Polens entwickeln können. Er prägte die inneren Verhältnisse Polens, wobei die verschiedenen Konzeptionen der Nationaldemokraten und des Pilsudski-Lagers seit Mitte der 1930er Jahre weitgehend zu einem Gesamtkonzept verschmolzen. Eine bedeutende Rolle spielte darin eine „eliminatorische“ Haltung gegen die deutschen und jüdischen Volksgruppen im Land. Zusammen mit weiteren Merkmalen, wie der verbreiteten Ablehnung des Parlamentarismus, der Hochschätzung des Soldatischen, ganz besonders des Veteranentums aus dem Ersten Weltkrieg, kann das Zwischenkriegspolen deshalb unter Berücksichtigung der besonderen polnischen Verhältnisse als faschistischer Staat eingestuft werden.

Eine weitere Eigentümlichkeit der inneren Verhältnisse bildete die starke Fixierung der polnischen Elite auf die Anerkennung im Westen. Die polnische Politik richtete sich darauf aus, in den west-

lichen Hauptstädten grundsätzliche Anerkennung als Großmacht zu erreichen. Das sollte unter anderem dazu führen, daß die Republik Polen in den Augen der westlichen Politiker mit Blick auf Deutschland die frühere Rolle Rußlands einnehmen könnte. Polens Politik richtete sich zudem ganz praktisch danach, welche grundsätzliche Haltung die Westmächte in der deutschen Frage einnehmen würden. Die langfristige polnische Politik, wie sie schließlich von Josef Pilsudski entworfen und dann von seinem ausgewählten Nachfolger Josef Beck durchgeführt wurde, drehte sich im wesentlichen um diese Frage. Sie ging im Grundsatz davon aus, die Westmächte würden zu gegebener Zeit gegen den deutschen Großmachtanspruch auftreten und Polen würde davon profitieren können. Diese Situation schien mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und der folgenden deutschen Revisionspolitik früher oder später eintreten zu müssen.

Getreu dieser Konzeption bot die polnische Regierung bei wesentlichen deutschen Schritten gegen die Nachkriegsordnung –wie etwa im Umfeld des nationalsozialistischen Machantritts, bei der Rheinlandbesetzung, im Vorfeld der Tschechoslowakeikrise 1938 – in den westlichen Hauptstädten immer wieder an, militärische Maßnahmen gegen Deutschland mittragen zu wollen. Dies geschah stets unter der Bedingung, daß die Westmächte in einem solchen Konflikt als erstes auftreten müßten, bzw. sich verbindlich für einen kämpferischen Kurs gegen Deutschland entscheiden müßten. Dann würde Polen nachziehen, was sich 1938 in der Maxime des Außenminister Beck niederschlug, „im Frieden mit, im Krieg gegen Hitler“ aufzutreten.

Diese Bedingung wurde von den Westmächten schließlich nur scheinbar erfüllt. Die im Jahr 1939 mit Polen getroffenen Vereinbarungen verpflichteten Frankreich und Großbritannien sowohl zur Kriegserklärung an Deutschland als auch zu sofortigem aktivem

militärischen Beistand. Von diesen Zusicherungen wurde nur die erste gehalten. Das geschah wegen der Annahme, daß nicht Polen, sondern Rußland die Großmacht sei, die Frankreich und Großbritannien im Zweifelsfall als den entscheidenden Ansprechpartner einstufen mußten, unabhängig von dessen sozialistischer, antidemokratischer Regierungsform in der Verfassung als Sowjetunion. Die Bemühungen der polnischen Diplomatie, Polen im Westen für den Fall kommender Konflikte mit Deutschland als eigenständige Großmacht zu verankern, waren gescheitert. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die englisch-französisch-sowjetischen Militärgespräche im Sommer 1939 mit dem Ziel geführt, die Republik Polen als Aufmarschgebiet sowjetischer Truppen verwenden zu können. Eine Zustimmung dazu hätte von Polen die Aufgabe des eigenen Großmachtanspruchs gefordert, also eine völlige Änderung des staatlichen Selbstverständnisses und ein Ende der von Josef Pilsudski konzipierten Außenpolitik. Dazu waren weder die polnische Staatsführung noch die Öffentlichkeit bereit.

Der letztlich als Ergebnis dieser Situation ausgebrochene Weltkrieg wäre mit hoher Sicherheit vermieden worden, hätten sich die verschiedenen Parteien an die 1938/39 mit Polen geschlossenen Verträge gehalten. Darin kann man eine gewisse Tragik der von Josef Beck verfolgten Politik sehen. Andererseits hat die vorausgegangene ambitionierte polnische Großmachtspolitik mit dazu beigetragen, das Kriegsszenario des Jahres 1939 überhaupt erst zu erzeugen. In den Monaten und Wochen vor dem Kriegsausbruch bemühte sich dann die polnische Regierung, jede noch mögliche Kompromißlösung zu vermeiden. Sie griff dazu unter anderem aktiv in die britische Innenpolitik ein und agierte gegenüber dem in Aussicht stehenden Kriegsgegner Deutschland provokant. Insofern ist sie für den schließlichen Ausbruch der Kampfhandlungen unmittelbar

mit verantwortlich. Insgesamt bestätigte der Verlauf der Dinge die Unfähigkeit der europäischen Politik, eine angemessene Antwort auf die deutsche Frage und eine friedliche Reform der Versailler Nachkriegsordnung zu schaffen. Polens Zwischenkrieg war Teil dieses Szenarios.